

Liebe Mitstreiter\_innen,

wir freuen uns, Ihnen den ersten Infobrief dieses Jahres zuzusenden.

Am 20. Februar 2018 haben wir Köln als erste Millionenstadt mit dem Siegel „Kinderfreundliche Kommunen“ ausgezeichnet. Den Aktionsplan der Stadt finden Sie [hier](#). Außerdem sind seit dem 1. und dem 8. März auch Dormagen und Stuttgart mit im Verfahren.

Nicht zuletzt berichten wir in diesem Infobrief über durchgeführte Workshops und informieren über anstehende Veranstaltungen.

Mehr zu den genannten Themen und noch viele weitere Informationen finden Sie in diesem Infobrief.

Viele Grüße

Ihr Team vom Verein „Kinderfreundliche Kommunen“

## Inhaltsverzeichnis

### Neues aus dem Verfahren „Kinderfreundliche Kommunen“

Köln erhält das Siegel „Kinderfreundliche Kommunen“

Vereinbarungsunterzeichnung mit Stuttgart

Kommunaler Workshop aller Kommunen in der Wedemark

Simulationsworkshop in Köln

Workshop zu Kinderrechten im Verwaltungshandeln Weil am Rhein

### Weiterbildungen und Ausschreibungen

Kinder und Jugendliche beteiligen!

Weiterbildung im Bereich Beteiligungsmoderation

Als Schule Kinderrechte leben. Kinderrechtesschule werden!

Jetzt bewerben: Deutsches Kinderhilfswerk und das Land Schleswig-Holstein fördern Projekte

### Kinderrechte in der Politik

„Kinder brauchen Freiräume!“ – UNICEF und Deutsches Kinderhilfswerk geben Motto zum Weltkindertag 2018 bekannt

Wir brauchen eine Koalition für Kinder. UNICEF zum Koalitionsvertrag

Familienministerin Giffey steht vor großen kinderpolitischen Herausforderungen

Enorme Datenlücken bringen Geflüchtete, Migrierte und vertriebene Kinder in Gefahr

Schule trotz Krieg: Bildung kann nicht warten. UNICEF-Report 2018 „Die Chance auf Bildung“

### Child Friendly Cities Initiative

Europäisches Symposium für Kinder- und Jugendpartizipation

## Neues aus dem Verfahren „Kinderfreundliche Kommunen“

### Köln erhält das Siegel „Kinderfreundliche Kommunen“

Mit Köln erhielt die bevölkerungsreichste Stadt Nordrhein-Westfalens das Siegel „Kinderfreundliche Kommunen“. Gewürdigt wird mit dem Siegel das Engagement von Städten und Kommunen, die UN-Kinderrechtskonvention auf kommunaler Ebene zu verankern.

Dr. Ralf Kleindiek – Staatssekretär im Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend – und Anne Lütkes – Vorstandsvorsitzende des Vereins „Kinderfreundliche Kommunen“ – übergaben das Siegel an die Kölner Oberbürgermeisterin Henriette Reker, die das Siegel mit Freude entgegennahm und mit Blick auf die Verleihung erklärte: „Das erfüllt mich mit Freude und Stolz. Die Zukunft der Kinder und Jugendlichen – und damit die Zukunft Kölns – hängt entscheidend davon ab, dass sie von klein auf die Zuwendung, Unterstützung und Förderung erfahren, um ihre Zukunft selbst gestalten zu können. Und das unabhängig davon, in welchem Umfeld sie aufwachsen.“

Der Verein „Kinderfreundliche Kommunen“ gratuliert der Millionenstadt Köln herzlich und wünscht allen Beteiligten viel Erfolg bei der Umsetzung der Maßnahmen.

Den Aktionsplan finden Sie [hier](#) | Die Pressemitteilung finden Sie [hier](#)

### Vereinbarungsunterzeichnung mit Stuttgart

Mit Stuttgart (BW) und Dormagen (NRW) sind zwei weitere Kommunen unserem Vorhaben beigetreten. Am 1. März 2018 unterzeichneten der Dormagener Bürgermeister Erik Lierenfeld und Anne Lütkes die Vereinbarung.

„Das Thema Kinderfreundlichkeit hat in Dormagen mit unseren vielfältigen Angeboten wie zum Beispiel dem Babybegrüßungspaket oder dem Kinderparlament eine lange Tradition. Mit der Vertragsunterzeichnung zur ‚Kinderfreundlichen Kommune‘ gehen wir diesen Schritt konsequent weiter. Wir freuen uns, dass wir mit dem Verein ‚Kinderfreundliche Kommunen e.V.‘ einen starken und kompetenten Partner an unsere Seite bekommen und hoffen, neue Impulse zu erhalten“, betonte Dormagens Bürgermeister Erik Lierenfeld.

Bereits eine Woche später, am 8. März, folgte die Vereinbarungsunterzeichnung in Stuttgart durch dessen Oberbürgermeister Fritz Kuhn und Anne Lütkes „Kinder sind der Reichtum unserer Stadt. Ich will alles dafür tun, dass sie in Stuttgart gut leben können und dass ihre Rechte gewahrt werden. Mit der ‚Konzeption Kinderfreundliches Stuttgart 2015–2020‘ sind wir bereits seit Jahren auf sehr gutem Weg. Im Bereich der Kinder- und Jugendpartizipation setzen wir ein Beispiel für viele andere Kommunen. Wir sind also bestens für den kritischen Blick von außen gewappnet und wollen Stuttgart als kindergerechte Stadt und attraktiven Lebensort für junge Menschen und Familien weiterentwickeln.“  
Sagte Stuttgarts Oberbürgermeister?

Die Pressemitteilung über die Kommune Dormagen finden Sie [hier](#) und die über Stuttgart [hier](#)

## Kommunaler Workshop aller Kommunen in der Wedemark

In der niedersächsischen Kommune Wedemark trafen sich vom 6. bis 7. März 2018 die bei uns teilnehmenden Kommunen für den regelmäßig stattfindenden Erfahrungsaustausch. Dieses Mal standen unsere Impulse unter dem Meta-Thema „Umgang mit der Presse“, das in konzentrierter und fröhlicher Atmosphäre bearbeitet wurde.

Am zweiten Tag gingen aus dem Open Space drei Arbeitsgruppen hervor, die sich mit den Themen „Konzept für Kinder- und Jugendbeteiligung im Verwaltungshandeln“, „Kinder- und Jugendbudget“ und „Bearbeitung und Aufbereitung kinder- und jugendgerechter Internetinhalte“ beschäftigt haben. In der sich daran anschließenden Zukunftswerkstatt trafen sich vor allem die gesiegelten Kommunen, um die nächsten Schritte des Verfahrens zu erarbeiten.

Im Ergebnis sind sich alle einig geworden, dass über dem nächsten Treffen in Remchingen das Thema „Digitalisierung“ stehen wird.

## Simulationsworkshop in Köln

Am 12. März fand der vom Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend geförderte Simulationsworkshop in Köln statt. Hier haben Verwaltungsmitarbeitende in komplexen Planungs-, Verhandlungs- und Entscheidungsprozessen konkrete Lösungsvorschläge zur Stadtteilentwicklung erarbeitet. Zugleich hat sich gezeigt, dass die Sensibilisierung für Kinderinteressen für die Kinderfreundlichkeit ebenso von Bedeutung ist wie das Aufzeigen alternativer Handlungsoptionen im Verwaltungshandeln. Im Mittelpunkt stand die Sensibilisierung für ämterübergreifendes Handeln: Alle Teilnehmenden waren sehr konzentriert in der simulierten Situation und füllten ihre Rollen mit großen Engagement aus.

## Workshop zu Kinderrechten im Verwaltungshandeln Weil am Rhein

Am 15. März fand in Weil am Rhein ein Workshop zum Thema „Kinderrechte im Verwaltungshandeln“ statt. Die Workshops zum Thema Kinderrechte/Kindeswohl sind Teil des vom Bundesministerium für Familie, Soziale, Frauen und Jugend geförderten neuen Bausteins „Kinderrechte/Kindeswohl im Verwaltungshandeln“. Ziel der gesamten Reihe ist es, die Kommunen dabei zu unterstützen, die UN-Kinderrechtskonvention praktisch umzusetzen. Neben der Schulen der kommunalen Verwaltung und der politischen Ebene, um die Kinderrechte wirksam und nachhaltig umzusetzen ging es auch um die Stärkung von Entscheidungsstrukturen, die Entwicklung spezifischer Instrumente und Methoden zur Verbesserung der Zusammenarbeit und die Schaffung administrativer Rahmenbedingungen für die Partizipation.

Die Workshops werden den teilnehmenden Kommunen angeboten.

[zum Anfang](#)

## Weiterbildungen und Ausschreibungen

### Kinder und Jugendliche beteiligen!

Fachkräfte der Kinder- und Jugendarbeit, der Schulsozialarbeit usw. haben die Möglichkeit, eine zerti-fizierte Ausbildung im Bereich Moderation zu absolvieren. Die Fortbildung findet in Bremen statt und hat das Ziel, Menschen für die Planung, Organisation und Durchführung von Beteiligungsprozessen mit Kindern und Jugendlichen zu qualifizieren und die Ermöglichungsbedingungen von Jugendbeteiligung herauszuarbeiten.

Mehr Informationen finden Sie [hier](#)

### Weiterbildung im Bereich Beteiligungsmoderation

Der Landesjugendring führt in Kooperation mit dem dkhw eine Weiterbildung im Bereich Moderation für Kinder- und Jugendbeteiligung durch und zielt durch Vermittlung inhaltlicher und methodischer Kenntnisse auf die Befähigung, Partizipationsprojekte moderieren zu können.

Wenn Sie mehr erfahren wollen, klicken Sie [hier](#) oder [hier](#), um zur Beschreibung der einzelnen Module zu gelangen.

### Als Schule Kinderrechte leben. Kinderrechtesschule werden!

Die Schule ist einer der wichtigsten Lern- und Lebensorte für Kinder. Hier verbringen sie einen Großteil ihrer Zeit. Hier finden sie Freund\_innen, bilden sich, haben Erfolgserlebnisse oder müssen mit Niederlagen umgehen. Hier bekommen sie gute Laune oder manchmal auch schlechte. Die Schule prägt Kinder wie kaum ein anderer Ort. Umso wichtiger ist es, dass Kinder hier zu eigenständigen, starken Persönlichkeiten heranwachsen können – und vor allem in ihrer individuellen Entwicklung gefördert werden.

Dazu gehört insbesondere, Schüler\_innen die Kinderrechte zu vermitteln und diese aktiv im Schulalltag zu leben, wie zum Beispiel Kinder an schulinternen Entscheidungen zu beteiligen.

Mit dem Modellprojekt „Kinderrechtesschulen“ unterstützt das Deutsche Kinderhilfswerk Grundschulen darin, die Kinderrechte im Unterricht altersgerecht zu vermitteln und sowohl in der Schule als auch im Schulumfeld umzusetzen. Am Ende des einjährigen, erfolgreich absolvierten Prozesses wird die Schule mit dem Siegel „Kinderrechtesschule“ ausgezeichnet – ein öffentlichkeitsstarkes Zeichen und Qualitätsmerkmal zugleich. Der Prozess verbindet das gesamte Schulteam und schafft eine Identifikation, auf die sowohl Schüler\_innen als auch Lehrkräfte stolz sind.

Den vollständigen Beitrag sowie weitere Informationen finden Sie [hier](#)

### Jetzt bewerben: Deutsches Kinderhilfswerk und das Land Schleswig-Holstein fördern Projekte

Das Deutsche Kinderhilfswerk und das Land Schleswig-Holstein rufen zu Bewerbungen für Förderungen im Rahmen der Gemeinschaftsaktion „Schleswig-Holstein – Land für Kinder“ auf. Dafür stellen das

Deutsche Kinderhilfswerk und das Land Schleswig-Holstein aktuell Fördermittel in Höhe 100.000 Euro bereit (davon 80.000 Landesmittel und 20.000 Mittel des Deutschen Kinderhilfswerkes).

Familienminister Dr. Heiner Garg betont: „Wir wollen ein kinderfreundliches Land, in dem Kinder sich wohl fühlen, Kind sein dürfen, dabei aber ernst genommen werden. Ein Land, das die Bedürfnisse von Kindern in den Mittelpunkt seiner Überlegungen stellt. Ziel der Gemeinschaftsaktion ist es, die Alltagssituation von Kindern mit Hilfe von geförderten Projekten zu verbessern. Die Beteiligung von Kindern ist dabei ein wichtiger Faktor, um gemeinsam auf gute Lebensverhältnisse und Umweltbedingungen für Kinder hinzuwirken.“

Die vollständige Pressemitteilung finden Sie [hier](#)

[zum Anfang](#)

## Kinderrechte in der Politik

### „Kinder brauchen Freiräume!“ – UNICEF und Deutsches Kinderhilfswerk geben Motto zum Weltkindertag 2018 bekannt

Das Motto des diesjährigen Weltkindertags am 20. September lautet „Kinder brauchen Freiräume“. Damit rufen UNICEF Deutschland und das Deutsche Kinderhilfswerk Bund, Länder und Kommunen dazu auf, mehr Möglichkeiten zur Beteiligung von Kindern und Jugendlichen zu schaffen. Die Kinderrechtsorganisationen appellieren an Politikerinnen und Politiker, die Meinung der nachwachsenden Generation ernst zu nehmen und ihre Belange bei Entscheidungen, die sie betreffen, durchgehend zu berücksichtigen.

„Kinder und Jugendliche wollen ihren Platz in unserer Gesellschaft einnehmen. Dafür ist es notwendig, dass wir ihnen Freiräume eröffnen, damit sie ihre Ideen und Wünsche einbringen und ihr persönliches Potenzial entfalten können“, sagt Christian Schneider, Geschäftsführer von UNICEF Deutschland. „Es liegt in der Verantwortung der Politik, hierfür die notwendigen Voraussetzungen zu schaffen. Nur eine Gesellschaft, in der Kinder und Jugendliche ernst genommen werden und mitgestalten können, wird wirklich kinderfreundlich und damit zukunftsfähig.“

Die vollständige Pressemitteilung finden Sie [hier](#).

### Wir brauchen eine Koalition für Kinder. UNICEF zum Koalitionsvertrag

Der Koalitionsvertrag zwischen CDU, CSU und SPD enthält nach Auffassung von UNICEF Deutschland wichtige Ansätze zur Verbesserung der Situation benachteiligter Kinder und Jugendlicher – gibt aber auch an einigen Stellen Anlass zur Sorge.

„Wir brauchen eine Koalition für die Kinder und die Zukunftsfähigkeit unseres Landes,“ erklärte Dr. Jürgen Heraeus, Vorsitzender von UNICEF Deutschland. „Der Koalitionsvertrag enthält wichtige Ansatzpunkte, die Interessen von Kindern stärker zu berücksichtigen. Eine (...) neue Regierung muss nun aber auch die Chancen nutzen, die eine gute Konjunktur eröffnet und spürbare Verbesserungen für Kinder

und Familien erreichen – sowohl in Deutschland als auch gemeinsam mit internationalen Partnern weltweit.“

Die vorgesehenen Investitionen gegen Kinderarmut, zur Verbesserung der Bildungsinfrastruktur und der kommunalen Entwicklung sowie die Aufnahme der Kinderrechte im Grundgesetz sind überfällig. Sie sollten nun konsequent umgesetzt und auf die Bedürfnisse benachteiligter Gruppen ausgerichtet werden. Dies trifft auch auf Vorhaben in der Außen- und Entwicklungspolitik zu. Darin bekennen sich die Verhandlungspartner unter anderem zu einer deutlichen Erhöhung der Mittel für Entwicklung und humanitäre Hilfe sowie zu einer Umsetzung der entwicklungspolitischen Gipfelzusagen aus G7, G20, Pariser Klimaabkommen und Agenda 2030 für nachhaltige Entwicklung.

Das komplette Statement finden Sie [hier](#).

## Familienministerin Giffey steht vor großen kinderpolitischen Herausforderungen

Nach Ansicht des Deutschen Kinderhilfswerkes steht die neue Familienministerin Franziska Giffey vor großen kinderpolitischen Herausforderungen. „Vor Familienministerin Giffey liegt die große Aufgabe, den Vereinbarungen im Koalitionsvertrag nun Taten folgen zu lassen. Es ist wichtig, dass die Kinderpolitik aus ihrem Nischendasein herausgeholt und als Querschnittsaufgabe verankert wird. Hier brauchen wir Konzepte, die die Interessen der Kinder und ihre Rechte als einen vorrangigen Gesichtspunkt in den Blick nehmen. Nur so handeln wir verantwortlich für die heranwachsenden und zukünftigen Generationen“, betont Thomas Krüger, Präsident des Deutschen Kinderhilfswerkes.

„Vordringlichste Aufgabe der neuen Familienministerin sollte es sein, die vollständige Umsetzung der UN-Kinderrechtskonvention in Deutschland voranzutreiben. Das beinhaltet beispielsweise einen entschiedenen Kampf gegen die Kinderarmut in Deutschland. Aber auch beim Thema Partizipation von Kindern in Deutschland geht es bisher nur schleppend voran. Dabei erleben wir derzeit ganz aktuell wie wichtig es ist, unsere Demokratie zu stärken und ein gesellschaftliches Miteinander zu ermöglichen. Dafür müssen wir Kindern mehr Räume für echte Mitbestimmung eröffnen“, so Krüger weiter.

Bei der Bekämpfung der Kinderarmut braucht es aus Sicht des Deutschen Kinderhilfswerkes eine umfassende Veränderung politischer Rahmenbedingungen und ein Gesamtkonzept, das mit ausreichenden finanziellen Mitteln ausgestattet ist und umfangreiche Reformen bündelt. Das Deutsche Kinderhilfswerk plädiert für die Einführung eines Bundeskinderteilhabegesetzes, das Kindern und Heranwachsenden aus Familien in prekären Lebenslagen einen besonderen Rechtsanspruch auf Förderung und Teilhabe gibt, bundeseinheitliche Standards setzt und Fachgesetze für mehr Teilhabe und effektive Armutsprävention systematisch ändert und ergänzt. Ziel ist dabei insbesondere Teilhabe durch eine bedarfsgerechte Infrastruktur im direkten Lebensumfeld zu garantieren.

Mehr Infos sind [hier](#) der Pressemitteilung des Deutschen Kinderhilfswerkes zu entnehmen

## Enorme Datenlücken bringen Geflüchtete, Migrierte und vertriebene Kinder in Gefahr

Schätzungsweise 28 Millionen Kinder wurden 2016 aus ihrer Heimat vertrieben – die tatsächliche Zahl ist wahrscheinlich noch viel höher.

Fehlende Daten zu der Situation von geflüchteten, asylsuchenden, migrierten und intern vertriebenen Menschen gefährden das Leben und das Wohl von Millionen Kindern.

Mit einem gemeinsamen Appell unterstreichen daher UNICEF, UNHCR, IOM, Eurostat und die OECD die fundamentale Bedeutung von Daten für das Verständnis von globalen Migrationsbewegungen und für die Entwicklung von wirkungsvollen Maßnahmen zum Schutz von schutzbedürftigen Gruppen wie Kindern – und fordern die Regierungen zum Handeln auf.

Die gemeinsame Veröffentlichung „A Call to Action: Verbessertes Schutz von geflüchteten, migrierten und vertriebenen Kindern beginnt mit einer verbesserten Datenlage“ bestätigt eindrücklich die erheblichen Lücken zur Verfügbarkeit, Verlässlichkeit, Aktualität und Zugänglichkeit von Daten. Diese Daten sind jedoch unverzichtbar, um ein klares Bild darüber zu gewinnen, wie sich Migration und Flucht auf Kinder und ihre Familien auswirken – und wie sie besser geschützt werden können. Zum Beispiel:

- sind nur für 56 Prozent aller geflüchteten Menschen unter UNHCR-Mandat Altersangaben erfasst;
- werden nur in 20 Prozent der Länder und Gebiete, in denen Daten zu Personen, die aufgrund von Konflikten innerhalb ihres Landes vertrieben wurden, vorliegen, diese Daten auch nach Altersgruppen aufgeschlüsselt;
- erheben etwa 25 Prozent aller Länder und Gebiete keine altersspezifischen Migrationsdaten, einschließlich 43 Prozent der Länder in Afrika.

Die vollständige Pressemitteilung finden Sie [hier](#)

## Schule trotz Krieg: Bildung kann nicht warten. UNICEF-Report 2018 „Die Chance auf Bildung“

Wegen der wachsenden Zahl von langanhaltenden sowie neuen humanitären Krisen haben Millionen von Mädchen und Jungen keine Chance auf Bildung: Allein in 24 Konfliktländern gehen derzeit laut UNICEF rund 27 Millionen Kinder zwischen sechs und 14 Jahren nicht zur Schule.

Das gefährdet nicht nur die Zukunft der betroffenen Kinder in Ländern wie Syrien, Jemen oder Südsudan, sondern auch die Aussichten auf Rückkehr zu einer friedlichen Entwicklung in ihrer Heimat. UNICEF forderte heute bei der Veröffentlichung des „UNICEF Report 2018 – Die Chance auf Bildung“ in Berlin, Lernangebote als Teil der lebenswichtigen Grundversorgung in humanitären Krisen besser und konstanter zu finanzieren.

„Neben Armut und Unterentwicklung sind Krieg und Gewalt heute die größten Feinde der Bildung“, sagte UNICEF-Schirmherrin Elke Büdenbender. „Gerade in Krisenländern müssen Schulen und psychosoziale Hilfsangebote die Widerstandskraft der Kinder stärken.“

„Jedes Kind hat ein Recht auf Bildung“, ergänzte Dr. Jürgen Heraeus, Vorsitzender von UNICEF Deutschland. „Kein Land der Welt kann es sich leisten, dass ein großer Teil der jungen Menschen von Bildung und damit von Chancen und Verdienstmöglichkeiten ausgeschlossen bleibt.“

Schule ist in Krisensituation mehr als ein Ort zum Lernen: Unterricht gibt Mädchen und Jungen durch einen geregelten Alltag auch Halt und Sicherheit. Durch psychosoziale Betreuung werden Kinder dabei unterstützt, schlimme Erlebnisse zu verarbeiten. Schule ist darüber hinaus der beste Schutz für Kinder

vor Früh-Ehen, Ausbeutung oder Rekrutierung. Bis heute sind Bildungsprogramme im Rahmen der humanitären Hilfe jedoch stark unterfinanziert. Durchschnittlich betragen die weltweiten Ausgaben für Bildung nur 3,6 Prozent der Gesamtausgaben für humanitäre Hilfe.

UNICEF plant, 2018 rund ein Viertel seines weltweiten Nothilfe-Budgets für Bildungsprogramme in Krisenländern auszugeben und damit fast neun Millionen Kindern zum Beispiel im Jemen, in Syrien, der Demokratischen Republik Kongo oder im Südsudan Lernchancen zu ermöglichen.

Die komplette Pressemitteilung gibt es [hier](#)

## Child Friendly Cities Initiative

### Europäisches Symposium für Kinder- und Jugendpartizipation

Im spanischen Avilés fand vom 1. bis zum 5. März 2018 das Erste Europäische Symposium für Kinder- und Jugendpartizipation statt. Kinder, Jugendliche und Erwachsene aus vielen Teilen Spaniens sowie aus anderen europäischen Ländern trafen sich dort, um zusammen einen Beitrag für die *2030 Sustainable Development Agenda* (Agenda 2030 für nachhaltige Entwicklung) zu erarbeiten – auch zwei Vertreter\_innen des **Jugendbeirats aus der kinderfreundlichen Kommune Regensburg** waren mit dabei. Dafür tauschten sie ihre Erfahrungen im Bereich Kinder- und Jugendpartizipation in Arbeitsgruppen und vor großem Plenum aus und diskutierten Möglichkeiten, sich selbst auf kommunaler, regionaler, nationaler sowie europäischer Ebene besser einbringen zu können. Auf dem youtube-Kanal von UNICEF Spanien ist ein kurzes spannendes Video darüber veröffentlicht worden und [hier](#) zu finden.



[zum Anfang](#)

Falls Sie diesen Newsletter fälschlicherweise erhalten haben bzw. den Newsletter nicht mehr erhalten wollen, schreiben Sie bitte eine Mail an [Brueckner@kinderfreundliche-kommunen.de](mailto:Brueckner@kinderfreundliche-kommunen.de).